



16. Beratung und Beschlussfassung: Berufung eines Amtsleiters für das Landwirtschaftsamt, Beschlussvorlage: 023/2022
17. Beratung und Beschlussfassung: Kündigung der Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree, dem Landkreis Sulecin sowie dem Ausführungskomitee der Region Hrodna, Beschlussvorlage: 024/2022
18. Beratung und Beschlussfassung: Jugendförderplan 2022 bis 2025 – Fortschreibung, Beschlussvorlage: 014/2022
19. Beratung und Beschlussfassung: Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2022 bis 2027, Beschlussvorlage: 018/2022
20. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6737, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Arensdorf, Beschlussvorlage: 019/2022
21. Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss auf Antrag des "Haus Kiebitz" e.V., Beschlussvorlage: 021/2022
22. Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Antrag des "Haus Kiebitz" e.V., Beschlussvorlage: 022/2022
23. Veränderungen in den Ausschüssen

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 9. Februar 2022 - nichtöffentlicher Teil

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende, Herr Dr. Berger, begrüßt die Anwesenden zur 16. Sitzung des Kreistages – in Form einer Videositzung – und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

***zugestimmt***

### **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Es liegen drei Dringlichkeitsanträge vor:

1. Unterstützung der Tafel im Landkreis Oder-Spree bei der Bewältigung des Mehraufwandes durch die Aufnahme von Menschen aus der Ukraine, Antragsteller: DIE LINKE

Herr Dr. Pech begründet die Dringlichkeit wie folgt:

Er habe am 29.03.2022 (nach Ablauf der Einreichungsfrist für den Kreistag) ein Interview mit dem Vorsitzenden der Tafeln in Deutschland zur Kenntnis genommen, in dem betont worden sei, dass seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine die Zahl der Geflüchteten, die auf die Tafeln angewiesen seien, steige. Um wiederholt Konfliktsituationen vorzubeugen, besitze dieser Antrag Dringlichkeit. Außerdem müsse beachtet werden, dass eine spätere Behand-

lung der Tatsache nicht gerecht werde. Die Probleme stellten sich bereits zu diesem Zeitpunkt und müssten bewältigt werden.

Herr Luhn sehe keine Dringlichkeit; eine Einschätzung müsste nach Diskussion in den Ausschüssen erfolgen und das weitere Vorgehen für die Zukunft abgewogen werden.

Herr Schroeder bittet zu beachten, dass das Thema der Tafeln wiederholt auf der Tagesordnung stehe und man dürfe nicht nur über die Tafeln sprechen, sondern über alle Helfer und ehrenamtliche Träger. Er sehe daher eine Beratung in den Ausschüssen notwendig.

Herr Dr. Zeschmann spricht an, dass bereits mehrfach eine Verständigung über die weitreichende Hilfe für die Ukraine stattgefunden habe. Er sehe im Antrag eine einseitige Betrachtungsweise.

Der Landrat, Herr Lindemann, führt aus, dass er in den geführten Gesprächen betont habe, dass auf angezeigte Bedarfe reagiert werde. Frau Zarling hätte eine Begehung der einzelnen Tafeln vorgenommen, um ein Bild über die Situation zu erhalten. Derzeit sei der geschilderte Mehrbedarf nicht erkennbar. Sobald sich etwas verändere, könne sofort reagiert und im nächsten Kreistag berichtet werden.

Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages:  
Ergebnis: Ja: 20, Nein: 24, Enthaltung: 4  
**mehrheitlich abgelehnt.**

2. Erlass einer Allgemeinverfügung zur kurzfristigen Erhöhung (Anpassung der Grundgebühr) für Taxifahrten im Pflichtfahrgebiet,  
Antragsteller: Fraktionen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass hierzu eine Änderung der Satzung erforderlich sei und eine gesonderte Sitzung des Kreistages am 04.05.2022 vorgeschlagen werde. Die Satzung müsse vorbereitet und der Antrag zum Erlass der Allgemeinverfügung diskutiert werden.

Herr Losensky spricht an, dass die Betroffenen an ihn herangetreten seien und auf das Problem der Finanzen, das bereits durch die Mindestlohnerhöhung entstanden sei, zuzüglich der gestiegenen Kosten, hingewiesen hätten. Unter der Kostenbelastung würden nicht nur die Unternehmer leiden, sondern z. B. auch die Menschen, die die Krankentransporte nutzten. Er nimmt Vergleich mit dem Landkreis Märkisch-Oderland, der bereits gehandelt und eine Allgemeinverfügung erlassen hätte. Er bittet zu überdenken, ob die gleiche Verfahrensweise im Landkreis Oder-Spree Anwendung finden könnte, um die Mobilität für Ältere und Kranke, insbesondere im ländlichen Raum, aufrecht zu erhalten.

Herr Gehm führt dazu aus, dass es bereits einen Gesprächstermin mit Herrn Schulze (Taxiunternehmer) und der IHK gegeben habe, mit dem Ergebnis, das den Vorschlag der Verwaltung unterstreiche. Es sollte ein Beschluss in der Sondersitzung herbeigeführt werden. Weiteren Vortrag behalte er sich vor.

Herr Dr. Zeschmann spricht sich für die Aufnahme in die Tagesordnung aus, da kurzfristig gehandelt werden müsse, denn es stünden etliche Existenzen auf dem Spiel.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung, ob der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen werden soll.

Abstimmungsergebnis: Ja: 27, Nein: 21, Enthaltung: 2  
**mehrheitlich zugestimmt**, Behandlung unter TOP 8.

3. Genehmigung einer Eilentscheidung nach § 58 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf), Ausstattung weiterer 100 Wohnungen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine, BV: 025/2022

Herr Dr. Berger schlägt vor, diese Beschlussvorlage unter TOP 14 zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: Ja: 36, Nein: 8, Enthaltung: 4,  
**mehrheitlich zugestimmt.**

4. Herr Aulich bittet um das Wort und zieht im Auftrag der Fraktion AfD den Antrag 7/AfD/2022 zurück. Der bisherige TOP 12 kann somit gestrichen werden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

**Mehrheitlich zugestimmt**  
*Ja 44 Nein 3 Enthaltung 1*

### **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 9. Februar 2022 - öffentlicher Teil**

Es sind keine Einwendungen eingegangen, die Niederschrift ist somit bestätigt.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Herr Frikell aus der Gemeinde Schöneiche führt aus, dass in der Gemeinde eine weiterführende Schule gebaut werden soll und die ersten Entwürfe dazu vorliegen, jedoch bei den Einwohnern Widersprüche hervorrufen würden. Dazu gehörten der Standort und die dazu gehörige Verkehrsplanung. Die Widersprüche lägen der Verwaltung vor und würden bearbeitet.

Folgende Fragen mögen bitte beantwortet werden: Welche Voraussetzungen sind erforderlich, dass der Landkreis die erforderlichen Flächen für den Bau kaufe und wann könne bzw. sollte das erfolgen? Könnte durch eine etwaige Verzögerung der Planung die Finanzierung des Vorhabens durch den Kreis gefährdet werden und wann bzw. unter welchen Bedingungen würde dieser Fall eintreten?

Herr Buhrke führt zur Grundstücksfrage aus, dass Ziel des Landkreises sei, möglichst schnell Flächen zu kaufen. Hintergrund sei der Umstand der Entwicklung der Kosten, was nicht auf den Bau abziele, sondern auf eine Bevorratung von Grundstücksflächen, um einen künftigen Bau tatsächlich durchzuführen. Die Frage der Finanzierung könne derzeit nicht beantwortet werden, da diese durch eine Diskussion in der Gemeinde nicht beeinflussbar sei. Die Finanzierung der Gesamtinvestitionen im Bildungsbereich, die sich insbesondere auf das Berliner Umland konzentrieren würden (Bsp. zwei große Bauvorhaben in Schöneiche und Erkner), sei höchstwahrscheinlich mit einer Kreditaufnahme verbunden. Dieser Umstand stehe bereits zur Diskussion. Grundlage sei jedoch eine kommunalrechtliche Genehmigung durch das Innenministerium. Die Zusage bzw. die Möglichkeit einer Finanzierung gestalte sich wegen der Entwicklung und der Zeitschiene ungewiss.

Herr Frikell bittet um schriftliche Beantwortung der beiden Fragen.

Eine Frage konkretisiert er wie folgt: Gemeindevertreter aus Schöneiche hätten mitgeteilt, dass sie befürchten würden, dass die Finanzierung des Baus durch den Landkreis bei einer Verzögerung

rung entfallen könnte. Sie hätten die Idee „lieber am falschen Standort zu bauen, als die Planung zu verzögern“, aus Angst, dass die Finanzierung in Frage stehen würde.

Der Vorsitzende sagt die schriftliche Beantwortung und Veröffentlichung im Bürger- und Informationssystem zu.

Herr Dr. Zeschmann führt dazu aus, dass mehrheitlich in der Gemeinde entschieden worden sei und es eine Bürgerbefragung dazu gegeben habe, ein geeigneteres Grundstück zu kaufen. Dazu sei im vergangenen Kreistag ein Beschluss gefasst worden. Insoweit stellt er die Frage an Herrn Buhrke, inwieweit dieser Kauf fortgeschritten bzw. vollzogen worden sei.

Herr Buhrke beantwortet, dass ein Vertrag mit wechselseitigen Bedingungen des Verkäufers vorbereitet worden sei. Die Befassung mit dem Bebauungsplan könne im Anschluss erfolgen.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 5      Geschäftsbericht des Landrates**

Der Landrat, Herr Lindemann, trägt Auszüge aus dem Geschäftsbericht vor. Der Geschäftsbericht ist im vollen Umfang dem Protokoll als Anlage beigefügt und im Bürger- und Ratsinformationssystem nachlesbar.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 6      Aktuelle Probleme der Landwirtschaft im Landkreis Oder-Spree**

Frau Teltewskaja stellt weitere Teilnehmer vor, die sie in der Berichterstattung unterstützen werden: Herr Hartmut Noppe – Abgeordneter des Kreistages LOS und Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Oder-Spree -, Herr Jörg Grafe – Beruf: Schäfer.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung, ob die Berichterstatter Rederecht erhalten.

Abstimmungsergebnis: Ja: 40, Nein: 4, Enthaltung: 1,  
**mehrheitlich zugestimmt.**

Frau Teltewskaja nimmt Bezug auf den **Sonderkreistag Landwirtschaft**, der am 31.03.2022 stattfinden sollte und der wiederholt verschoben werden musste auf den **01.06.2022**.

Anlass sei, dass durch den Wechsel der Bundesregierung neue Ansätze u. a. in der Landwirtschaft eingebracht werden würden, es eine neue EU-Förderrichtlinie gebe, die die Landwirte betreffe. Weitere Änderungen beträfen die Fleisch- und Wurstwarenindustrie, hätten sich die Rohstoffpreise um 45 % erhöht, gäbe es derzeit zu wenig Tiere und würde es eine Verknappung von Futtermitteln geben. Dieser Umstand und die Folgen des Krieges in der Ukraine stellen alle vor unabhsehbare Probleme. Somit wäre es erforderlich, eine Diskussion zu führen, wie die weitere Versorgung gewährleistet werden könne.

Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den wirtschaftlichen Schäden der Maßnahmen zur ASP-Bekämpfung (Umfang, Möglichkeiten der Unterstützung von Unternehmen) könne ebenso in diesem Kreistag beantwortet werden, da dort eine umfangreiche Berichterstattung erfolge.

Frau Teltewskaja berichtet über die bisher geführten Gespräche und die Forderung der Landwirte, mehr Druck auf das Land auszuüben, da zu wenig Unterstützung käme.

Gemeinsam mit dem Nachbarlandkreis sei ein Schreiben an den Landwirtschaftsminister vorbereitet worden, um die Situation darzustellen und eine Anerkennung der Leistung sowie Unterstützungen zu fordern.

Herr Noppe unterstreicht die schwierige Situation in der Landwirtschaft, die sich in den letzten drei Jahren verschärft hätte. Politische „Experimente“, wie z. B. Wassereinsparungen und Einsparungen im Kraftstoffverbrauch hätten weitere Schwierigkeiten mit sich gebracht. Insoweit nimmt er Bezug auf die Ausführungen von Frau Teltewskaja bezüglich der Schweinehaltung, der Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten und in der Nahrungsmittelindustrie. Die enorme Preissteigerung der vergangenen Wochen (Bsp. Getreide, Milch, Kraftstoffe, Futter-, Düngemittel) erschwere die Situation zusätzlich, was sich statistisch beweisen lasse.

Im kommenden Jahr werde es zusätzliche bürokratische Hürden zu nehmen geben (Gemeinsame Agrarpolitik - GAP). So sollten Fördersysteme ab 2023 neu geregelt werden und einkommenswirksame Zahlungen zugunsten einer Vergütung von Öko-Leistungen in Kraft treten. Die Erbringung dieser Leistung durch die Landwirte müsse nachgewiesen und durch die Verwaltung überprüft werden. Unklar seien derzeit jedoch noch die Voraussetzungen, die dafür erbracht werden müssten, da die Entwicklung weltweit unsicher und nicht planbar zu betrachten sei. Hinzu käme der Verlust von Ackerland im gesamten Bundesland. Täglich würden ca. 60 ha Ackerland durch Bau- und Infrastrukturmaßnahmen verschwinden. Der Ausbau erneuerbarer Energien (PV-Anlagen) erschwere diese Situation. Einerseits wäre der Flächenverbrauch zu betrachten, andererseits bestehe keine Möglichkeit der Speicherung.

Er bitte darum, die Landwirtschaft mehr bei der planerischen Gestaltung durch die Kommunen zu berücksichtigen und somit ein Zeichen der Unterstützung zu setzen.

Er bedanke sich beim Landkreis für die bisherige Unterstützung bei der Krisenbewältigung und geleisteten Entschädigungszahlungen.

Weiterhin verweist er auf das neue Jagdgesetz, das derzeit im Entwurf vorliege und welches als kritisch zu betrachten sei. Er spreche sich dagegen aus, da bestehende und bewährte Strukturen vernichtet werden würden und schliesse sich Expertenmeinungen an. Er bittet ausdrücklich darum, dass die Vertreter im Landtag diese Betrachtungsweise aufgreifen und sich gegen das neue Gesetz aussprechen. Es sei in der Praxis untauglich und würde die Landwirtschaft bzw. die Entwicklung des ländlichen Raumes zusätzlich belasten.

Als weiterer Redner erhält Herr Grafe, Schäfer aus Görzig, das Wort und berichtet, dass im Bereich zunehmend Übergriffe durch den Wolf zu verzeichnen seien. Trotz Herdenschutzmaßnahmen und vielen zusätzlichen Vorkehrungen seien in den vergangenen vier Monaten 60 Schafe gerissen worden. Die Population hätte stark zugenommen. Bei Gesprächen mit dem benachbarten Landkreis MOL wäre man sich einig gewesen, dass sich die derzeit existierende Wolfsverordnung als unpraktikabel erweise und sich die Regularien gegenseitig ausschließen würden. Unter diesen Umständen gestalte sich die Haltung von z. B. Schafen in der Zukunft fast unmöglich, zumal bei Vorfällen die Tierhalter zur Verantwortung gezogen werden würden. Herr Grafe bittet, das Problem aufzugreifen und in die Landespolitik weiterzutragen.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und geleistete Arbeit, verweist auf den Sonderkreistag zum Thema Landwirtschaft und bittet, diesen entsprechend unter Einbringung von Beschlussvorschlägen gründlich vorzubereiten.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 7 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

Die Anfragen und Antworten sind dem Protokoll beigefügt.

## **Zu TOP 8 Erlass einer Allgemeinverfügung zur kurzfristigen Erhöhung (Anpassung der Grundgebühren) für Taxifahrten im Pflichtfahrgebiet**

Der Vorsitzende nimmt auf TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung/Beantragung der Aufnahme des Antrages bezüglich der Anpassung der Gebühren für Taxifahrten – Bezug und bittet Herrn Gehm um Ausführungen bezüglich des Verfahrens aus Sicht der Verwaltung.

Dieser erläutert, dass das Problem erkannt worden sei und Handlungsbedarf bestehe, jedoch sei nach Prüfung durch das Rechtsamt darauf hingewiesen worden, dass die durch den Kreistag beschlossene Taxitarifordnung nicht einseitig durch den Landrat mittels Allgemeinverfügung geändert werden könne. Hierfür wäre ein Kreistagsbeschluss erforderlich. Daher hätte man gemeinsam mit der IHK und den Antragstellern beraten und wäre übereingekommen, dass, sofern die Zustimmung des Kreistages vorliegen sollte, ein Sonderkreistag einberufen werde, um eine dem Antrag entsprechende befristete Änderung zu erarbeiten bzw. vorzuschlagen, bis zum Jahresende einen Aufschlag von 1,50 Euro aufzunehmen. Hintergrund wäre die technische Ausstattung der Taximeter, die nur eine Aufschlagsvariante von 1,50 Euro zulasse. Es müsste also bis zum Jahresende ein Mobilitätszuschlag in der Taxitarifordnung eingerichtet und bis zu diesem Zeitpunkt eine Überarbeitung der Verordnung insgesamt durchgeführt werden. Der bürokratische Aufwand würde etwas Zeit in Anspruch nehmen.

Herr Losensky widerspricht den Ausführungen mit seinen Erfahrungen aus dem Landkreis MOL.

Es sei nicht das Ziel, die Tarifautonomie bzw. die Tarifordnung zu ändern, sondern man strebe eine kurzfristige Regelung an, die es den Unternehmen ermögliche, einen Teil der zusätzlichen finanziellen Belastungen auszugleichen, da durch die Bundesregierung bisher keine Entscheidung getroffen worden sei und die Situation sich chaotisch gestalte, zumal auch Schulkinder transportiert werden würden. Der Antrag sehe eine sofortige Änderung vor, sobald sich die Preise anders gestalten würden. Eine Diskussion über die bzw. Behandlung der neuen Tarifordnung in den Ausschüssen nehme erfahrungsgemäß zu viel Zeit in Anspruch. Er sehe dringend Handlungsbedarf; eine Überarbeitung der Tarifordnung unter Berücksichtigung des Mindestlohnes könnte außerdem erfolgen.

Herr Papendieck fragt nach, wie Beschlussfassung im Kreistag im Juni aussehen könne, denn eine Behandlung in den Ausschüssen sei nicht zwingend erforderlich.

Der Vorsitzende weist auf den unterbreiteten Vorschlag hin, einen Sonderkreistag am 04.05.2022 nur zu diesem Thema durchzuführen.

Herr Gehm ergänzt; es sollte nur eine Ergänzung der 1,50 Euro erfolgen, keine Neukalkulation. Somit ginge nur ein Monat verloren, jedoch könne alles rechtssicher vorbereitet werden. Eine größere Änderung, welche auch die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verordnung beinhalte, würde mehr Zeit in Anspruch nehmen und im Laufe des Jahres erfolgen.

Der Vorsitzende unterstütze den Vorschlag zur Durchführung eines Sonderkreistages am 04.05.2022 und fragt nach, wie sich die Fraktionen dazu positionieren.

Herr Papendieck: Er sehe es als sinnvoll an, wenn das Ziel tatsächlich erreicht werde.

Herr Dr. Pech: Er unterstütze das Anliegen, bittet aber zu bedenken, dass auch andere Bereiche, z. B. die Unterstützung der Tafeln, dringend Hilfe benötigen würden. Auch dieser Punkt gehöre auf Tagesordnung eines Sonderkreistages.

Herr Luhn: Er sei an einer schnellen Entscheidung interessiert. Unter Berücksichtigung der rechtlichen Hintergründe wäre er mit einem Kreistag am 04.05.2022 einverstanden.

Herr Dr. Zeschmann: Er befürworte den Vorschlag.

Herr Losensky spricht sich ausdrücklich dagegen aus; er sehe unter anderem in einem erneuten Kreistag einen zusätzlichen finanziellen Aufwand.

Es wird seitens des Rechtsamtes/der Kommunalaufsicht (Frau Gliese) darauf hingewiesen, dass zum Zeitpunkt des 04.05.2022 laut Kommunalverfassung keine Videositzung mehr möglich sei.

Herr Hamacher könne sich vorstellen, die Satzung in diesem Punkt sofort zu ändern, zumal eine Dringlichkeit festgestellt worden sei. Somit wäre ein weiterer Termin hinfällig.

Herr Birnack denke auch, dass ein weiterer Kreistag am 04.05.2022 erspart bliebe, wenn zum jetzigen Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen werde, um das Ziel des Antrages umzusetzen. Weitere Änderungen wären im Nachhinein möglich.

Herr Schroeder bezieht sich auf die Ausführungen von Frau Gliese und bringt zum Ausdruck, dass durch Beschlussfassung die Durchführung einer Videositzung am 04.05.2022 möglich wäre.

Herr Aulich bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Hamacher. Wenn die Satzung im Mai beschlossen werde, sei diese erst mit Veröffentlichung gültig. Hierin sehe er einen zusätzlichen Zeitverlust. Handlungsbedarf bestehe sofort; eine weitere Behandlung der Satzung wäre zum späteren Zeitpunkt möglich.

Auf Nachfrage erklärt Herr Gehm, dass er den Beschlusstext zur Verfügung stellen könnte, jedoch sehe er ein Problem darin, eine Satzungsänderung vorzunehmen, wenn diese nicht auf der Tagesordnung stehe.

Frau Gliese, Rechtsamt/Kommunalaufsicht, erläutert, dass eine Satzung nach Beschlussfassung veröffentlicht werden müsse. Da der Text am hiesigen Abend jedoch nicht auf der Tagesordnung stehe, sei er satzungsmäßig als Verordnung auch nicht zu erkennen und rechtlich angreifbar.

Die im Antrag bezeichnete Allgemeinverfügung wäre ein Verwaltungsakt des Landrates und hätte somit eine andere Qualität.

Herr Lindemann unterstreicht, dass niemandem mit einer rechtsunwirksamen Satzung geholfen werden würde. Auf dieser Grundlage könnten keine Gebühren erhoben werden und müsste man strafrechtliche Konsequenzen befürchten.

Frau Grabs bittet um Beschlussfassung im Juni-Kreistag, so dass eine Behandlung in den Ausschüssen stattfinden kann.

Herr Luhn fordert die Verwaltung auf, eine Möglichkeit zur Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt zu finden. Sollte der Beschluss nicht rechtmäßig sein, könnte dieser am 04.05.2022 geheilt werden.

Herr Dr. Zeschmann schließt sich Herrn Luhn an.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung zur Abstimmung innerhalb der Verwaltung, so dass ein Vorschlag unterbreitet werden kann. – Pause von fünf Minuten –

Im Ergebnis schlägt Herr Dr. Berger vor und er lädt offiziell dazu ein, in der Kürze der Zeit eine virtuelle Kreistagssitzung am 13.04.2022, 18:00 Uhr, durchzuführen, die nur diesen Tagesord-



nungspunkt enthalte. Bis zu diesem Zeitpunkt wird ein Beschlussvorschlag erarbeitet, übersandt und im Bürger-/Ratsinformationssystem eingestellt.

## **Zu TOP 9      Beratung und Beschlussfassung: Erklärung des Kreistages zur Orts- umfahrung Erkner/Neu Zittau, Vorlage: 2/DIE LINKE/2022 NEU**

Herr Dr. Pech geht kurz auf den Antrag ein; der Kreistag hätte eine solche Erklärung bereits vor Jahren verabschiedet und es hätte von Seiten der Landesregierung keine Reaktion gegeben. Da weiterhin nichts zu erwarten sei, müsse der Kreistag eine Lösung der Probleme verlangen. Die kommunalen Belange würden keine ausreichende Berücksichtigung finden und der Kreistag wäre nicht in der Lage, die Probleme zu beheben.

Frau Grabs spricht sich gegen den Antrag aus, da sie auch eigener Erfahrung die Verkehrssituation im Bereich Gosen – Neu Zittau anders sehe und sich das Problem dort nicht stelle. Auch die Gemeindevertretung hätte sich bisher gegen eine Umgehungsstraße ausgesprochen.

Frau Heinrich widerspricht den Ausführungen von Frau Grabs und erläutert die katastrophale Verkehrssituation in Erkner, die sich auf die gesamte Region auswirke und somit müsse eine Gesamtbetrachtungsweise erfolgen. Sie begrüße die diesbezüglichen Bemühungen von Herrn Dr. Zeschmann im Landtag.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass sich die Verkehrssituation in Erkner und Umgebung nach Eröffnung der Gigafactory Tesla weiter zuspitze und unerträglich sei. Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung müsse es das Ziel sein, dieses Problem, das bereits viele Jahre bestehe, endlich zu lösen.

Herr Papendieck nimmt Bezug auf die Worte von Frau Grabs. Die Wünsche der Gemeindevertretung Gosen – Neu Zittau müssten berücksichtigt, sollte eine Diskussion über die Gründe geführt werden und nicht über die Köpfe hinweg etwas beschlossen werden. Nach Abwägung der Argumentation sollte eine gemeinsame Strategie erarbeitet werden, denn das Land hätte bereits einige Ablehnungen erteilt.

Frau Grabs ergreift noch einmal das Wort und bringt zum Ausdruck, dass mehr Aufmerksamkeit auf den ÖPNV gerichtet werden sollte. Sie verstehe nicht, warum noch mehr Natur zerstört werden sollte, das spare weder Geld noch Zeit.

Herr Dr. Zeschmann bittet zu beachten, dass hier eine Resolution beschlossen werden sollte und kein Straßenbau. Es müsse gegenüber der Landesregierung klar gemacht werden, dass man mit der bisherigen Vorgehensweise nicht einverstanden sei.

Herr Dr. Pech schließt sich an, es dürfe nicht über Argumente diskutiert, sondern der Entschluss verabschiedet werden. Die Diskussion gehe am Inhalt des Antrages vorbei.

Frau Scheufele fordert zum Umdenken auf, mit der Verabschiedung der Resolution bestehe keine Chance zur Änderung der Gesamtsituation bezüglich des Verkehrs auf den Straßen.

Herr Fachtan bringt zum Ausdruck, dass das Land wegen der Entwicklung der Infrastruktur in der Pflicht sei, die Region zu unterstützen und zu entlasten. Wenn man die Zahlen betrachte, wieviel Arbeitnehmer künftig hier tätig werden würden, wäre ein erhebliches, nicht beherrschbares Ausmaß ersichtlich.

Der Vorsitzende schließt die Rednerliste und bittet um Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge die folgende Erklärung zur Ortsumfahrung Erkner / Neu Zittau beschließen:

Der Kreistag Oder-Spree hat mehrfach von den für Bundes- und Landesstraßen zuständigen Institutionen eine Lösung zur Entschärfung der seit geraumer Zeit unzumutbaren Verkehrssituation im Bereich Erkner und Neu Zittau gefordert. Die voraussichtlich bevorstehende Inbetriebnahme der Tesla „Gigafactory“ in Freienbrink wird diese Situation weiter verschärfen.

Der Landkreis Oder-Spree hat die in seinen Möglichkeiten liegenden Maßnahmen eingeleitet, um dieser Verschärfung entgegen zu wirken und drückt seine Empörung darüber aus, dass der Landtag des Landes Brandenburg bei der Feststellung belassen will, für eine Ortsumfahrung gäbe es keine Lösung.

Wenn es für eine im Osten Deutschlands einmalige Investition insgesamt sehr kurzfristige Lösungen gibt, dann muss es auch Lösungen für die davon betroffenen Menschen geben.

Der Landrat wird beauftragt, diesen Protest der Landeregierung, dem Landtag und dem Bundesverkehrsministerium zu übermitteln.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 26 Nein 17 Enthaltung 2*

**Zu TOP 10      Beratung und Beschlussfassung: Verstärkung der Buslinie 443 -  
Frankfurt (Oder)-Müllrose-Eisenhüttenstadt  
Vorlage: 3/DIE LINKE/2022 NEU**

Herr Dr. Mernitz bezieht sich im Namen seiner Fraktion DIE LINKE auf die Diskussionen in den Ausschüssen und stellt klar, dass nur gemeinsam mit der Stadt Frankfurt (Oder) in Planung gegangen werden könne und bereits ein Brief des Oberbürgermeisters vorliege, dass diese zu Gesprächen bzw. Verhandlungen mit dem Landkreis Oder-Spree bereit sei.

Bezüglich des Gegenargumentes, dass es eine Bahnverbindung gebe, führt er aus, dass der Bahnhof fern der Badestelle liege und diese z. B. mit Kindern nur unter Anstrengung erreichbar wäre. Die Buslinie würde ebenso die Badestelle am Schervenzsee erreichen.

Zudem sei nicht zu erwarten, dass ein Ansturm von Touristen oder Badegästen die Stadt Müllrose überflute.

Derzeit würden die Autos durch den Individualverkehr zu den Seen die Wälder und Waldwege zaparken. Somit könnte durch die Buslinie eine Entlastung der trockenen Wälder zu erwarten sein.

Frau Teltewskaja erläutert, dass es bereits Gespräche mit der Stadt Frankfurt (Oder) gegeben habe und Verhandlungsbereitschaft bestehe, was dort durch den Hauptausschuss unterstrichen worden sei. Vorrangig würde dort jedoch die Entwicklung des Helenesees behandelt werden. Eine Vereinbarung bezüglich der im Antrag bezeichneten Buslinie liege noch nicht vor und würde erst nach Beschlussfassung im Kreistag zur Diskussion stehen.

Herr Dr. Zeschmann führt dazu aus, dass die Probleme rund um den Helenensee auch im Landtag aufgegriffen worden seien, jedoch nach seinem Kenntnisstand eine Lösung in weiter Ferne liege.

Herr Dr. Pech weist darauf hin, dass der Antrag lediglich eine „Erprobung der Buslinie“ vorsähe. Im Anschluss könne weiter verhandelt werden.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung über den Antrag.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, in Vereinbarung mit der Stadt Frankfurt (Oder) für die Buslinie 443 von Frankfurt (Oder) nach Eisenhüttenstadt über Müllrose in der Sommersaison (analog zur regionalen Ausflugslinie A 400) mindestens für den Zeitraum der Schließung der Badestrände am Helenensee:

1. für die Wochenenden eine Ausflugslinie einzurichten (A443);
2. für die Wochentage Mo - Fr das Fahrplanangebot auf dieser Linie zu verdichten;
3. die Haltestellen "Freibad" in beiden zu bedienen;
4. zu prüfen, inwieweit (analog zur Linie A400 für Radtouren u.a. durch das Schlaubetal) ein Fahrradtransport ermöglicht werden kann.
5. Nach Wiedereröffnung der Strände am Helenensee zu prüfen, ob diese Linienenerweiterung bestehen bleiben bzw. in welchem Umfang sie weiterbetrieben werden kann.

### ***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 16 Nein 28 Enthaltung 1*

### **Zu TOP 11      Beratung und Beschlussfassung: Steigende Energiekosten: Entgegenkommen bei Menschen mit niedrigem Einkommen Maßnahmen gegen Energiearmut im Landkreis Oder-Spree Übernahme von Betriebskostennachforderungen bei Hartz IV und Sozialhilfe aus Anlass der gestiegenen Energiepreise Vorlage: 5/AfD/2022/1**

Herr Fachtan trägt eine aktuelle Mitteilung des Bundestages bezüglich der allgemeinen Kostensteigerung vor, die unter anderem beinhaltet, dass die Energiekosten rasant steigen würden. Jeder Haushalt würde zusätzlich enorm belastet werden, Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, Handwerksbetriebe und kommunale Unternehmen würden betroffen und etliche Wirtschaftszweige gefährdet sein.

Der Antrag beinhaltet eine Änderung der Zahlen, die für den Landkreis zutreffend seien und im Ermessensspielraum des Landkreises liegen würden. Insofern müsse nur eine interne Verwaltungsrichtlinie geändert werden, um finanzschwache Haushalte aufzufangen.

Herr Schroeder zeigt sich über den Antrag erstaunt; es wäre bereits besprochen worden, dass laut SGB II umfangreichere Angaben bezüglich des Verbrauchs herangezogen werden würden und entsprechend eine angemessene Erstattung bereits erfolge. Das Ziel des Antrages gehe somit ins Leere.

Herr Lindemann ergänzt, dass der Sachverhalt bereits besprochen worden sei und hier gesetzliche Grundlagen in Ansatz gebracht werden müssten, an die der Landkreis rechtlich gebunden sei. Die willkürliche Änderung einer Richtlinie oder eines Verfahrens sei unmöglich.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt, den Landrat zu beauftragen, die Durchführungsanweisung zu § 22 SGB II Angemessenheitswerte, gültig ab 01.07.2021 mit Wirkung auf den 01.05.2022 dahingehend abzuändern, dass die folgenden Werte als angemessen anerkannt werden:

Die Angemessenheit der monatlichen Heizkosten richtet sich im Landkreis Oder-Spree nach den folgenden Werten:

Größe der Bedarfsgemeinschaft /Angemessene monatliche Heizkosten

1 Person	95,00 €
2 Personen	117,50 €
3 Personen	140,00 €
4 Personen	155,00 €
5 Personen	170,00 €.

### ***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 8 Nein 36 Enthaltung 0*

### **Zu TOP 12      Beratung und Beschlussfassung: Mindestlohn gilt auch für Interviewer im Zensus 2022, Vorlage: 6/AfD/2022**

Herr Fachtan erläutert den Inhalt des Antrages und bezieht sich dabei auf die Diskussion im Kreisausschuss.

Im Anschluss wird um Abstimmung über den Antrag gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Zensus 2022 wird im Landkreis Oder-Spree nicht ehrenamtlich durchgeführt, sondern im Dienstverhältnis unter Berücksichtigung des Vergabemindestlohns von Euro 13 je Stunde, der Fahrtzeiten und Fahrtkosten der Interviewer.

### ***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 12 Nein 33 Enthaltung 0*

### **Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: Zensus 2022 und Gesundheitsschutz Vorlage: 7/AfD/2022**

***zurückgezogen***

### **Zu TOP 14      Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung nach § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) Weitere Finanzierung der Straßenbaumaßnahme K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke Leißnitz-Kummerow, Vorlage: 020/2022**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gem. § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) über die überplanmäßige Bereitstellung von 353.100,00 € zur weiteren Finanzierung der Straßenbaumaßnahme K 6715, Abschnitt 020, freie Strecke Leißnitz-Kummerow

#### ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 38 Nein 3 Enthaltung 3*

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung nach § 58 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) Ausstattung weiterer 100 Wohnungen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine, Vorlage: 025/2022**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gem. § 58 der Kommunalverfassung Brandenburg (BbgKVerf) über die überplanmäßige Bereitstellung von 469.484,83 € zur Ausstattung weiterer 100 Wohnungen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine.

#### ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 33 Nein 8 Enthaltung 6*

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung: Berufung eines Amtsleiters für das Landwirtschaftsamt, Vorlage: 023/2022**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Stiller erteilt Herr Illner Auskunft über seinen beruflichen Werdegang.

Weitere Fragen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, Herrn Jörn Illmer (geb. am 11.06.1966), zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Aufgaben des Amtsleiters des Landwirtschaftsamtes auf Dauer zu übertragen. Die Amtsleiterstelle ist mit der Entgeltgruppe 12 TvöD ausgewiesen.

#### ***einstimmig zugestimmt***

*Ja 42 Nein 0 Enthaltung 5*

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung: Kündigung der Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Landkreis Oder-Spree, dem Landkreis Sulecin sowie dem Ausführungskomitee der Region Hrodna  
Vorlage: 024/2022**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Änderungs-/Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Stiller, Fraktion DIE LINKE, vorliege. (siehe Anlage)

Herr Dr. Stiller führt dazu aus, dass mit Kündigung der Vereinbarung die Region Hrodna nicht „im Nichts“ verschwinden, sondern dass der Landrat bevollmächtigt werden sollte, auch, falls dieser Dreiervertrag gekündigt werde, auf die Region zuzugehen, Kontakt aufzunehmen und eine bilaterale Fortsetzung der Partnerschaft anzubieten, sofern dort Interesse bestehe. Zur weiteren Begründung wird auf den Text des Antrages verwiesen.

Frau Grabs befürwortet im Namen ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag und unterstützt diesen.

Der Landrat, Herr Lindemann, weist darauf hin, dass es sich hier nicht nur um eine eigene Kündigung des Vertrages handele, sondern eine Kündigung durch den polnischen Partner zur Kenntnis genommen worden sei. Von dieser Seite sei die Kündigung bereits ausgesprochen worden. Er führt weiter aus, dass die Begründung im Änderungsantrag nicht getragen werden könne. Sicherlich sei es richtig, dass die Entscheidung über den Beginn des Krieges durch Herrn Putin getroffen worden sei, der offensichtlich darüber die alleinige Entscheidungsgewalt hätte. Es sei aber so, dass mit jedem Tag, den dieser Krieg andauere, das russische Volk sich zunehmend in diesen Krieg verstricke. Gerade als Deutscher besitze man ausreichend Erfahrung mit der Legendenbildung vom einsamen Autokraten, der solche Kriege vom Zaun brechen könne. Insofern könne er zum jetzigen Zeitpunkt die Begründung nicht teilen.

Herr Lindemann erläutert weiter, dass er aus gutem Grund z. B. zu jeder Gedenkveranstaltung, zum Volkstrauertag nach Fürstenwalde in die Reifenwerker-Siedlung, zur Umbettung russischer Soldaten gehe, denn er fühle sich eben als Staatsbürger mitverantwortlich für das, was in der Vergangenheit dem eigenen Volk durch andere angetan worden sei. Es wäre das falsche Signal, quasi eine Neubegründung dieser Partnerschaft aufzunehmen, zu dieser Zeit und unter diesen Umständen; eine Partnerschaft, die zudem nie mit Leben gefüllt gewesen sei. Daher müsse er den Antrag ablehnen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Änderungs-/Ergänzungsantrag.

#### **Beschlussvorschlag mit Ergänzung:**

Der Kreistag bevollmächtigt den Landrat weiterhin für den Fall, dass der Landkreis Sulecin die bisher trilaterale Partnerschaftvereinbarung zwischen dem Landkreis Sulecin, der Region Hrodna in Belarus und dem Landkreis Oder-Spree kündigt, zur Region Hrodna Kontakt aufzunehmen und der Region Hrodna eine bilaterale Fortsetzung der Partnerschaftvereinbarung anzubieten, sofern von dort Interesse besteht.

Abstimmungsergebnis: Ja: 19, Nein: 18, Enthaltung: 9,  
**mehrheitlich zugestimmt.**

Weiterhin wird um Abstimmung über den Beschluss gebeten.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag bevollmächtigt den Landrat für den Fall, dass der Landkreis Sulecin die bisher trilaterale Partnerschaftvereinbarung zwischen dem Landkreis Sulecin, der Region Hrodna in Belarus und dem Landkreis Oder-Spree kündigt, eine bilaterale Partnerschaftvereinbarung allein mit dem Landkreis Sulecin neu abzuschließen.

**Mehrheitlich zugestimmt**  
*Ja 26 Nein 10 Enthaltung 8*

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: Jugendförderplan 2022 bis 2025 - Fortschreibung  
Vorlage: 014/2022**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag bestätigt die Fortschreibung des Jugendförderplanes für den Zeitraum 2022 - 2025 als Bestandteil der Jugendhilfeplanung und als Untersetzung zum Haushaltsplan.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 40 Nein 1 Enthaltung 5*

**Zu TOP 19      Beratung und Beschlussfassung: Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2022 bis 2027  
Vorlage: 018/2022**

Herr Dr. Stiller merkt an, dass die Vertreter der Fraktion DIE LINKE dem Schulentwicklungsplan jeweils in den Ausschüssen zugestimmt hätten, da wichtigen Zielen mit dem Schulentwicklungsplan ein Rahmen gegeben werde und möglichst schnell die Genehmigung vom Ministerium eingeholt werden sollte.

Jedoch hatte er einige Kritikpunkte im Bildungsausschuss vorgetragen. So sei z. B. die Abstimmung mit dem Ministerium gesucht, aber dort Forderungen aufgestellt worden, die teilweise nicht nachvollziehbar seien, was die Einbeziehung von freien Schulen anbelange. Auch stelle sich die Frage der zeitlichen Planung, er sei ein Gegner der Verschiebung von Maßnahmen. Nach der zweiten Lesung im Januar, zu der auch die Schulleiter hätten Stellung nehmen können, wäre im März bezüglich des zeitlichen Rahmens eine Änderung ersichtlich, von der die Schulleiter z. B. nichts wüssten. Diese Vorgehensweise stelle er in Frage.

Herr Dr. Zeschmann befürwortet den nunmehr vorliegenden Schulentwicklungsplan; nach vielen Diskussionen seien neue Erkenntnisse eingearbeitet worden.

Unter Bezugnahme auf die Worte von Herrn Dr. Stiller spricht er jedoch das Problem der Zeitverschiebung von Maßnahmen an, welches nicht nachvollziehbar sei, so zum Beispiel der Umsetzungszeitraum des Um- bzw. Neubaus der Morus-Oberschule in Erkner zur Gesamtschule. Hier hätten die Fachausschüsse einbezogen werden müssen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu den angesprochenen Problemen bereits Ausführungen im Kreisausschuss erfolgt seien und bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt den Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2022 bis 2027.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 38 Nein 3 Enthaltung 4*

**Zu TOP 20      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zum grundhaften Ausbau der K 6737, Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Arensdorf  
Vorlage: 019/2022**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und der baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6737, Abschnitt 010, OD Arensdorf vom km 0,000 (Anbindung an die B 5) bis km 0,571.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 40 Nein 1 Enthaltung 4*

**Zu TOP 21      Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss auf Antrag des "Haus Kiebitz" e.V.  
Vorlage: 021/2022**

Herr Dr. Berger weist darauf hin, dass es eine offene Abstimmung geben könne, wenn dieser Beschluss einstimmig gefasst werde. Anderenfalls müsste eine Briefwahl nach § 34 Abs. 1a, Satz 8 und 9 BbgKVerf in Verbindung mit § 21 Abs. 2 GO durchgeführt werden, mit Versand der Briefwahlunterlagen in den nächsten Tagen.

Es erfolgt die Abstimmung über eine offene Wahl:

Es ist eine Nein-Stimme ersichtlich, so dass eine Briefwahl durchgeführt werden muss. Einsendeschluss der Briefwahlunterlagen ist der 03.06.2022, die Auszählung erfolgt vor dem Kreistag am 08.06.2022, um 17:00 Uhr, im Schützenhaus in Beeskow.

***ohne Abstimmung***

**Zu TOP 22      Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Antrag des "Haus Kiebitz" e.V.  
Vorlage: 022/2022**

Verfahrensweise wie TOP 21.

***ohne Abstimmung***

**Zu TOP 23      Veränderungen in den Ausschüssen**

Folgende Veränderungen in den Ausschüssen wurden beantragt:

Fraktion CDU, Fachausschuss Bauen, Ordnung, Umwelt:

Abberufung: Herr Fred Rengert,

Neuberufung: Herr Carsten Fettke.

Fraktion FDP/B-J-A/BVFO, Fachausschuss Haushalt, Finanzen/Beteiligungen:

Abberufung: Herr Dieter Rudolph,

Neuberufung: Knut Kirschke.



Um Abstimmung wird gebeten.

**Mehrheitlich zugestimmt**  
*Ja 39 Nein 5 Enthaltung 3*

Der Vorsitzende weist abschließend darauf hin, dass die nächste reguläre Kreistagssitzung in Präsenz stattfinden wird, und zwar im Schützenhaus in Beeskow. Zuvor findet am 13.04.2022 der Sonderkreistag zu TOP 8 statt.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung und bittet um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer  
Protokollantin